

Wahlabend: AfD-Mitglieder am Sonntag in Berlin

Foto Matthias Lüdecke

Professoren und Protestwähler

Die AfD und ihre Anhänger / Von Grete Götze

BERLIN, 24. September. Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) weiß seit dem 22. September, wen sie anspricht. Daraus kann sie jetzt Schlüsse für die anstehenden Europawahlen sowie die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ziehen. Außerdem kann die AfD nun die Daten zur sozialen Herkunft ihrer Wähler nutzen, um ein Parteiprogramm zu formulieren. Ausgehend von einer kleinen engagierten Kernwählerschaft, hat sie es auch vermocht, Protestwähler an sich zu binden. Und entgegen der Annahme, die aus einer eurokritischen Professorenvereinigung hervorgegangene Partei werde vor allem Akademiker an die Wahlurne locken, kommen die mehr als zwei Millionen Wähler aus allen Bevölkerungsschichten.

Den größten Zuspruch hat die Partei von Arbeitern erfahren. Die Wähler waren, ähnlich wie jene der Piratenpartei, vor allem Männer. Eine weitere Gemeinsamkeit mit der Piratenpartei besteht darin, dass die AfD in allen politischen Lagern Zustimmung fand. 430 000 ehemaligen FDP-Wählern folgen an zweiter Stelle 340 000 enttäuschte Linkspartei-Wähler, auch 210 000 vormalige Nichtwähler konnte die Partei mobilisieren. Bernd Lucke, einer der drei Sprecher der Partei, hebt seit deren Gründung immer wieder hervor, dass die AfD nicht konservativ sei, sondern aus der Mitte der Gesellschaft komme und nach unideologischen Lösungen suche.

Lucke ist Teil jenes Parteiflügels aus Wirtschaftswissenschaftlern, der gerne mit Zahlen argumentiert. Die zweite Strömung besteht aus Konservativen wie Konrad Adam, ein weiterer der Parteisprecher, oder Alexander Gauland, die den Wert von Ehe und Familie hervorheben und sich vor allem in der Familienund Bildungspolitik engagieren. Entscheidend war bei der Bundestagswahl aber die dritte Strömung: die Protestwähler. Sechs von zehn Wählern haben angegeben, die AfD nicht aus Überzeugung, sondern aus Enttäuschung über die anderen Parteien gewählt zu haben. Besonders gut angekommen ist die Partei in Ostdeutschland, in Gegenden, in denen vormals rechtsradikale Parteien sehr gute Ergebnisse erzielten.

Infolgedessen stellt sie sich nun zweigleisig auf: Einerseits gibt es von Berlin aus koordinierte Bundesfachausschüsse. Den bereits vorhandenen dreien zu den

Themen Energie, Gesundheit und Verteidigung soll als Nächstes ein Ausschuss für Außenpolitik folgen, was im Zusammenhang mit den Europawahlen steht. Andererseits wird die Arbeit in Landesgruppen fortgesetzt. Die daraus entstehenden Ergebnisse sollen aber laut Adam "knapp und thesenartig sein, die Programmarbeit darf nicht entgleisen". Damit die Partei mit ihren derzeit etwa 17 000 Mitgliedern und Förderern steuerbar bleibt, wird es im Gegensatz zum Gründungsparteitag, wo jedes Mitglied stimmberechtigt war, beim nächsten Parteitag im Dezember oder Januar wohl ein Delegiertensystem geben.

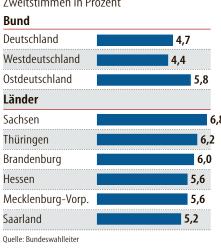
Dass die AfD Überschneidungen mit der Linkspartei hat, heben ihre Vertreter nicht nur gerne hervor, um ihr Stimmen abspenstig zu machen, sondern auch, weil es als Argument gegen den Vorwurf dienen kann, rechtspopulistisch zu sein. Beatrix von Storch, auf Platz zwei der Berliner Landesliste und für manche Konservative mit ihrem Verein "Zivile Koalition" eine wichtige Figur, sagt, die AfD habe mit der Linkspartei gemeinsam, dass sie in Bezug auf die Euro-Rettungspolitik gegen die von der Regierung angeblich betriebene Umverteilung von unten nach oben sei. Auch der Wunsch nach direkter Demokratie und die damit verbundene Kritik am Europaparlament sei eine Gemeinsamkeit mit der Linkspar-

In der Bildungs- und Familienpolitik fordert die AfD den Ausbau des Ehegattensplittings zu einem Familiensplitting, solange Kinder zu versorgen sind. Das Leitbild einer Familie aus Vater, Mutter und Kind wird beschworen, von Gleichstellung von Partnerschaften außerhalb dieser traditionellen Ehe möchte man in der Partei nichts wissen. Ein letzter wichtiger Punkt, der für enttäuschte Liberale interessant ist, ist die Forderung nach einem schlankeren Staat, verbunden mit einer Vereinfachung des Steuerrechts im Sinne Paul Kirchhofs.

Für die Protestwähler aus den neuen. von hohen Arbeitslosenquoten geplagten Bundesländern dürfte bei den anstehenden Landtagswahlen von Interesse sein, dass die AfD sich mit der Forderung profiliert, es dürfe "keine Einwanderung in die Sozialsysteme" geben. Mit ihrer Kritik am Erneuerbare-Energien-Gesetz verbindet sie die Forderung nach niedrigeren Strompreisen.

FAZ-tc3lEqC

Die AfD bei der Bundestagswahl 2013 Zweitstimmen in Prozent





Königin, Partnerin, Mutti

Noch nie hatten Wahlen zum Deutschen Bundestag in Spanien und Portugal so viel Aufmerksamkeit geweckt wie dieses Mal. Und noch nie haben die beiden Länder auf der Iberischen Halbinsel auch noch 48 Stunden später die Versuche einer Regierungsbildung in Berlin mit größerem Interesse verfolgt. Dabei gibt es im eigenen Interesse schon eine klare Präferenz für eine große Koalition - in der Annahme, dass so der Austeritätskurs von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit sozialdemokratischer Hilfe etwas aufgeweicht werde. Während die konservativen Regierungschefs Mariano Rajoy und Pedro Passos Coelho den Erfolg ihrer deutschen "Schwesterpartei" rühmten, weil sie sich davon auch einen Impuls für die heiklen nächsten Europawahlen versprechen, klagten die sozialistischen Parteien in Madrid und Lissabon über die angeblich "schlechte Nachricht für Europa". Das bezog sich jedoch gänzlich auf die Berliner "Spardiktate". Die neue Partei Alternative für Deutschland (AfD) und ihr Fast-Erfolg wurden weitgehend ignoriert. Kein Bedauern verspüren die iberischen Regierungen auch über das Ausscheiden der FDP, mit deren Repräsentanten sie nie viel anfangen konnten. Neben Merkel war Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die zentrale Figur, weil er bei aller Festigkeit auch immer Sympathie für ihre Anstrengungen erkennen ließ. Rajoy, dessen persönliches Verhältnis zur Kanzlerin abgekühlt war, beeilte sich als einer der ersten Gratulanten, auf seine beiden politiNach dem Sieg von Kanzlerin Merkel hofft man insbesondere im Süden Europas darauf, dass Deutschland mit einer neuen Regierungskoalition vom Konsolidierungskurs abrücken werde. In London setzt man weiter auf eine Reform der EU, in Polen mischt sich Furcht mit Freude. Unsere Korrespondenten berichten.

deutsch-französisches Paar, aber keines, das lahmt, sondern ein ausgewogenes", sagte Bartolone. Und der für die Auslandsfranzosen zuständige Abgeordnete Pouria Amirshahi fragte: "Was ist unser Plan, nachdem Frau Merkel gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen ist? Wollen wir immer noch abwarten, oder stehen wir jetzt endlich zu einer Konfrontation?" Der sozialistische Europaminister Thierry Repentin versuchte hingegen, seine Parteifreunde zu beruhigen. Er sprach sich öffentlich für eine große Koalition in Berlin aus. Die Regierungsbeteiligung der SPD werde zu einer "Annäherung" der deutschen und französischen Positionen führen. Als Beispiele nannte er die Einführung eines Mindestlohns in der EU, die Bankenunion sowie den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Hollande hat Merkel zu einem Gespräch nach Paris eingeladen, "sobald die Regierungsbildung abgeschlossen ist". Im Elysée-Palast wird darauf verwiesen, dass vor den beiden jetzt vier gemeinsame Jahre liegen. Alain Juppé von der oppositionellen UMP bezeichnete das Wahlergebnis als "gute Neuigkeit für Frankreich und Europa" und fügte hinzu: "Wir werden einen stabilen Partner hachen Europa gesehen wird. Wie weit ihn Merkel am Ende in dem Versuch unterstützen wird. Brüsseler Kompetenzen auf die nationalen Ebenen zurückzuverlagern, steht allerdings dahin. Hier setzt auch die kleine Sorge ein, die das Ergebnis der Bundestagswahlen in London hinterlassen hat: In der FDP und deren Außenminister Guido Westerwelle haben die Briten kein ernstzunehmendes Korrektiv zur Kanzlerin gesehen; es blieb bei Abweichungen im Ton. Ein neuer, politisch weiter entfernter Koalitionspartner – sei er rot oder grün – hingegen könnte Merkels vorsichtige Öffnung gegenüber der britischen Position wieder verkleinern. Beim EU-Gipfel im Oktober wird man sich erstmal wiedersehen. Er freue sich darauf, sagte ihr Cameron in seinem Glückwunschtelefonat. (job.)

Die Deutschen sind wieder da - was sollen wir tun? Polen hat sich diese Frage seit dem Zweiten Weltkrieg (als die Deut-

schen auf überaus furchtbare Weise "da" waren) immer wieder gestellt, und immer war die Antwort zuletzt: Freue dich, Polen. Das war unter den Kommunisten so, welche die Angst vor der neu entstan-

Tapfere Krieger der Klingonen, wir lassen ab von der Vernichtung der Erdenwürmer und verduften. Die mächtige Herrscherin der Erde ist zu stark für uns GRESERNENZ

Das Ausland ist beeindrickt vom Triumph der Kanzlerin

schen Prioritäten hinzuweisen: die Stärkung der europäischen Integration und eine schnelle Bankenunion. Auf dieser Linie liegen auch die Wünsche von Passos Coelho, der am Sonntag bei den Kommunalwahlen mit einem "Denkzettel" der sparmüden Portugiesen rechnen muss. Die Diskrepanz zwischen den Wünschen der Bevölkerungen im Südwesten und der - im Kern auf Merkel-Kurs – verfolgten Konsolidierungspolitik ihrer Regierungen ist bemerkenswert. Hätten die Erstgenannten wählen dürfen, hätte die "Königin Europas" ("ABC") höchstens zwanzig Prozent der Stimmen erhalten. Ihr Sieg zentriert Rajoy wie Passos Coelho abermals auf Berlin und mindert die Versuchung, etwa mit dem Franzosen François Hollande eine Gegenfront zu bilden. (wie.)

Vom Wahlsieg der Bundeskanzlerin wollen sich die Sozialisten in Frankreich nicht beeindrucken lassen. Der Kampf für eine Neuausrichtung Europas gehe weiter, teilte der sozialistische Parteichef Harlem Désir mit. Beim Treffen der sozialistischen Parlamentsfraktion in Bordeaux am Dienstag forderten einige Abgeordnete Präsident Hollande auf, "endlich" die Konfrontation mit der Bundeskanzlerin zu suchen. Der Präsident der Nationalversammlung, Claude Bartolone, sagte, nach dem Wahlsieg sei seine Forderung nach einer "Konfrontation" aktueller denn je. "Wir können so nicht

weitermachen. Wir brauchen ein

ben, mit dem wir die Eurozone stärken können." Der UMP-Parteivorsitzende Jean-François Copé forderte Hollande neuerlich auf, sich ein Beispiel an Deutschlands Reformerfolgen zu nehmen. Laut einer Umfrage der Zeitung "Le Figaro" hätten 56 Prozent der Franzosen Merkel gewählt. (mic.)

Der Glückwunsch fiel David Cameron leicht. Merkel war in Großbritannien nicht nur der erwartete, sondern der gewünschte Sieger. Auch wenn Downing Street und Berliner Kanzleramt einiges trennt, ob europapolitisch oder in Fragen militärischer Einsätze - mit wenigen Regierungschefs hat Premierminister Cameron einen ähnlich engen Kontakt aufgebaut. So vertrauensvoll ist die Zusammenarbeit zwischen Cameron und Merkel mittlerweile, berichtet ein hoher britischer Diplomat, dass die beiden im persönlichen Gespräch sogar "gedankliche Testballons" steigen lassen können. In Merkel erblickt Cameron den wichtigsten Partner für eine Reform der EU. Im Herbst möchte er in Brüssel den Verhandlungsprozess anstoßen, an dessen Ende ein "neuer Deal" für Großbritannien herauskommen soll, den er dann nach den nächsten Wahlen in einem Referendum zur Abstimmung stellen will. In London ist aufmerksam verfolgt worden, wie Merkel in den vergangenen Monaten den Ton veränderte - und eine "immer engere Union" in Berlin nun offenbar nicht mehr als einziger Weg zu einem erfolgreidenen "revisionistischen" Bundesrepublik zur Doktrin machten, aber dann gegen die Deutschland gegenüber weit aufgeschlossenere Solidarność verloren, und das war abermals so, als Deutschland sich vereinigte. Damals haben sich trotz aller Angst vor dem neuen Koloss im Westen diejenigen durchgesetzt, die glaubten, dass ein geeintes Deutschland besser sei als ein geteiltes, weil nur so Polen direkt an Europa andocken könne. Merkels Sieg hat diese Debatte neu belebt. "Die Deutschen sind wieder da" diese alte Prämisse ist nach der Wahl vom Sonntag wieder einmal unbestritten. Von der "wichtigsten Frau der Welt" reichten die Titel-Metaphern der Presse bis zur "Königin Europas". Die deutsche "Hegemonie" in Europa gilt an der Weichsel als ausgemachtes Faktum. Was aber tun mit einem Hegemon, der Polen immer wieder überfallen und geteilt hat? Auch hier sind die alten Argumente wieder da, sauber aufgeteilt nach rechts und links. Die konservative Zeitung "Rzeczpospolita" erinnert voll Sorge an die kurze Phase, in welcher Berlin zuletzt gezögert hat, sich in der Syrien-Frage dem westlichen Hauptstrom anzuschließen, und fragt, ob Deutschland gen Russland drifte und ob nicht vielleicht die griechischen Plakate, auf denen Merkel Hitlerbärtchen trägt, den Kern der Sache träfen. Auf ihren Kommentarseiten kommt ein Geschichtsphilosoph zu Wort, der Merkels neue Macht nur "einen Schritt vom Ausnahmezustand" und vom "Regieren jenseits des Gesetzes" entfernt sieht. Ganz anders die liberale

Linke. Die kommende "Führung eines einzigen Landes" in Europa ist hier zwar ebenfalls unbestritten, aber von Angst keine Spur. "Im Gegenteil", heißt es etwa in der "Gazeta Wyborcza": Die EU brauche in der Krise ein "starkes Deutschland", aber das Problem sei, "dass die Kanzlerin nicht bereit ist, Europas Führung mutig anzunehmen". Oder doch? -"Mutti wird aufräumen", heißt es zumindest in einer Überschrift hoffnungsvoll. Freue dich, Polen. (ul.)

Bei einer kurz vor der Bundestagswahl

veröffentlichten Umfrage eines angesehenen Instituts in Griechenland gaben zwar 79 Prozent der Befragten an, eine schlechte Meinung von der Bundeskanzlerin zu haben, doch insgesamt ist der Tonfall zwischen Berlin und Athen, von Ausnahmen am rechten und linken Rand abgesehen, seit einigen Monaten etwas weniger schrill. Selbst griechische Boulevardmedien halten sich, anders als noch vor einem Jahr, meist zurück in ihrer Kritik an der Kanzlerin, zumindest bei der Verwendung von Hakenkreuzen. Der relative Erfolg der AfD hat zumindest bei einigen Griechen die Einsicht befördert, dass eine von Merkel geführte Regierung in Berlin nicht die schlechteste Option ist. Denn die Kanzlerin spricht sich für Griechenlands Mitgliedschaft in der Eurozone aus, und die wird von einer großen Mehrheit der Griechen ungeachtet aller Härten weiter befürwortet. Das Scheitern der neuen Partei an der Fünfprozenthürde wurde daher in Athen mit Erleichterung aufgenommen. Die meisten Griechen rechnen nun mit einer großen Koalition in Berlin, einige hoffen darauf. Neben der Meinung, es werde sich ohnehin nichts ändern an Deutschlands Kurs, gibt es nämlich auch die Ansicht, ein "Steinbrück-Faktor" in der deutschen Regierung werde Druck von Athen nehmen. Hatte Peer Steinbrück nicht gesagt, eine SPD-Regierung werde stärker auf die Bewahrung "sozialer Kohäsion" in Griechenland achten und mehr Wert auf Wachstum und Arbeitsplätze legen, als er im Februar in Athen war? Hatte er nicht die Athen abverlangte Austeritätspolitik als Fehlschlag bezeichnet? Und würden solche Positionen nicht auch von einer SPD als Merkels Juniorpartner verteidigt? Andere sind gar der Ansicht, ein Wandel könne von Merkel selbst ausgehen. In ihrer dritten und mutmaßlich letzten Amtszeit werde sie, ähnlich wie ihr Vorvorgänger, ihrem Nachruhm zuliebe Großtaten der europäischen Einigung hinterlassen wollen, zum Beispiel Eurobonds. Doch da ist wohl der Wunsch Mutti des Gedankens. (tens.)

In Italien sind die Parteien so stark mit sich selbst beschäftigt, dass sie das deutsche Wahlergebnis nur aus dem je eigenen Blickwinkel deuten. Allein bei der AfD teilen die Gruppen von Silvio Berlusconis "Volk der Freiheit" (PdL) über die "Bürgerliche Wahl" (SC) in der Mitte bis zur Demokratischen Partei (PD) die Erleichterung darüber, dass die Anti-Euro-Partei nicht in den Bundestag kommt. Ministerpräsident Enrico Letta sprach von einem "guten Signal für die Europafreundlichkeit in Deutschland". Im Übrigen fallen die Reaktionen unterschiedlich aus. Für das PdL, das Merkel die Rezession anlastet, ist die Kanzlerin auch jetzt weniger Siegerin, sondern wie für den Vizepräsidenten des Senats Maurizio Gasparri vor allem "Schlächterin der Liberalen": Indem sie die FDP aus dem Bundestag verdrängt habe, habe sie die Mehrheit für ihre Koalition verfehlt. Das gibt PdL-Fraktionschef Renato Brunetta "die Hoffnung", dass "la Merkel" mit der SPD koalieren muss, und das werde ihrem Rigorismus Einhalt gebieten. In der SC des früheren Ministerpräsidenten Mario Monti wird das "Vorbild Deutschland" gepriesen und die Kanzlerin wegen Geradlinigkeit und Zuverlässigkeit gelobt. Ihr Sieg sei ein "Triumph für Europa", sagte Monti. Es sei gut, dass die FDP draußen sei, die oft gegen ihre Tradition "der europäischen Politik im Weg" <mark>ge-</mark> standen habe. Sollte es in Berlin zur großen Koalition kommen, werde Deutschland einen "klaren, aber mehr entspannten Kurs verfolgen" und "Modell für Italien" werden, sagte Monti und kritisierte so indirekt das nur auf Berlusconis Krisen ausgerichtete PdL. Im PD sieht das er außenpolitische Sprecher im Senat Giorgio Tonini ähnlich. Auch er würdigt den unprätentiösen Stil Merkels und hofft darauf, dass die EU – nach dem FDP-Ausscheiden – nun stärker für Vachstum sorgen werde. Diese Aussage schließt in Italien gemeinhin die Forderung ein, mehr Nachsicht bei höheren

Frankfurter Allgemeine

Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger; für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für "Zeitgeschehen": Dr. Reinhard Müller; für "Die Gegenwart": Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Heike Göbel (int.); für Unternehmen: Carsten Knop; für Finanzmarkt: Gerald Braunberger; für Wirtschaft Online: Patrick Bernau; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Feuilleton: Dr. Nils Minkmar, Dr. Edo Reents (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Felicitas von Lovenberg; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander (Stadt), Peter Lückemeier (Region)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Sven Astheimer; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Carsten Knop; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Geisteswissenschaften: Jürgen Kaube; Immobilienmarkt: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher:

Jürgen Kaube; Politische Bücher: Prof. Dr. Rainer Blasius; Recht und Steuern: Prof. Dr. Joachim Jahn; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und

Bildredaktion: Christian Pohlert; Chefin vom Dienst: Dr. Elena Geus; Grafische Gestaltung: Johannes Janssen; Informationsgrafik: Thomas Heumann

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Tobias Trevisan (Sprecher); Dr. Roland Gerschermann. VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Andreas Formen (Verlagsgeschäftsführer); für

Anzeigenpreisliste Nr. 73 vom 1. Januar 2013 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellen markt-Preisliste Nr. 7 vom 1. Januar 2013 an.

MONATSBEZUGSPREISE: Abonnement Deutschland-Ausgabe 49,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 56,90 €. Abonnement Rhein-Main-Ausgabe 49,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 56,90 € (bei Postbezug Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag). Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 25,40 €, einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 25,90 €. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer; im Ausland 57,70 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Abonnement F.A.Z.-E-Paper-Ausgabe 32,90 €; einschließlich F.A.S.-E-Paper-Ausgabe 39,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 25,90 €; E-Paper-Einzelverkaufspreis F.A.Z. 1,60 €; F.A.S. 3,10 €; jeweils einschließlich 19% Umsatzsteuer. Erscheint werktäglich. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt.

Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichts stand Frankfurt am Main.

NACHDRUCKE: Die Frankfurter Allgemeine Zeitung wird in gedruckter und digitaler Form vertrieben und ist aus Datenbanken abrufbar. Eine Verwertung der urheberrechtlich geschützten Zeitung oder der in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen, besonders durch Vervielfältigung oder Verbreitung, ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar, soweit sich aus dem Urhebergesetz nicht anderes ergibt. Besonders ist eine Einspeicherung oder Verbreitung von Zeitungsinhalten in Datenbanksystemen, zum Beispiel als elektronischer Pressespiegel oder Archiv, ohne Zustimmung des Verlages unzulässig.

Sofern Sie Artikel dieser Zeitung nachdrucken, in Ihr Internet-Angebot oder in Ihr Intranet übernehmen oder per E-Mail versenden wollen, können Sie die erforderlichen Rechte bei der F.A.Z. GmbH online erwerben unter www.faz-rechte.de. Auskunft erhalten Sie unter nutzungsrechte@faz.de oder telefonisch unter (069) 75 91-29 85. Für die Übernahme von Artikeln in Ihren internen elektronischen Pressespiegel erhalten Sie die erforderlichen Rechte unter www.presse-monitor.de oder telefonisch unter (0 30) 28 49 30, PMG Presse-Monitor GmbH.

© FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG GMBH, FRANKFURT AM MAIN

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH. Kurhessenstraße 4 – 6. 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutsche Societäts-Druckerei GmbH, Liseeitner-Straße 7, 82216 Maisach.

Haushaltsdefiziten zu üben. (jöb.)

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:

Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2-4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Abonnentenservice: 01 80 - 2 34 46 77 (6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz, aus Mobilfunknetzen maximal 42 Cent pro Minute) oder www. faz.net/leserportal Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91 - 23 33; Redaktion (0 69) 75 91 - 17 43; Vertrieb (0 69)

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de

Postbank Frankfurt am Main (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 91 393 604; IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Für die Herstellung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.